



## Pressemitteilung

Pressestelle  
Landratsamt Böblingen

Nr. 17pm39/ N4.45.3.2.1

Datum: 14. Februar 2017

### **Suche nach Deponiestandort im Landkreis Böblingen**

### **Mehrstufiges Verfahren zur Sicherung von Deponiekapazitäten**

### **Umwelt- und Verkehrsausschuss des Kreistages soll Untersuchung geeigneter Standorte einleiten**

Um Deponiekapazitäten im Landkreis Böblingen über das Jahr 2025 hinaus zu sichern, hat der Abfallwirtschaftsbetrieb des Kreises (AWB) im Auftrag des Kreistages damit begonnen, geeignete Flächen für eine neue Deponie zu suchen. Dazu hatte der AWB eine Voruntersuchung in Auftrag gegeben und zahlreiche Beteiligte in den vergangenen Monaten in das Verfahren eingebunden. In der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses des Kreistages am 13. März sollen die Kreisräte nun festlegen, welche Standorte genauer untersucht werden sollen.

„Das ist dann der Startschuss für eine breite öffentliche Debatte über konkrete, geeignete Deponiestandorte im Landkreis“, kündigt Wolfgang Bagin, der Leiter des AWB an. Das beauftragte Gutachten hatte zunächst 78 potentielle Flächen identifiziert, die theoretisch für eine Deponie in Frage kämen. Diese wurden anschließend einer deponiespezifischen Bewertung und Gewichtung unterzogen. Daraus hatten sich wiederum 20 Flächen ergeben, die in der ersten Bewertungsstufe die höchsten Punktzahlen erreichen konnten.

Diese Standorte wurden dann begangen und auf ihre Anbindung, Lage, Einsehbarkeit und Wirtschaftlichkeit hin geprüft. Im Ergebnis wurden die acht besten Standorte aus der Voruntersuchung sowie zwei Sonderstandorte für eine grobe Erstbewertung durch die Fachämter des Landratsamtes (Wasserwirtschaft, Naturschutz, Forsten und Landwirtschaft) in die nächste Bewertungsphase aufgenommen.

Die Betrachtung dieser zehn Standorte durch die Fachämter ergab für fünf Standorte aufgrund der Bewertung als „nicht geeignet“ den Ausschluss und für die anderen fünf Standorte die Bewertung „geeignet“ oder „mit Einschränkungen geeignet“. „In der nächsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 13. März ist nun vorgesehen über den aktuellen Stand zu informieren“, erläutert Bagin.

Vorab habe der AWB die vier betroffenen Städte und Gemeinden in einem transparenten Prozess über den Untersuchungsstand ausführlich informiert und das weitere Vorgehen gemeinsam abgestimmt. Die Kommunen hätten damit die Möglichkeit ihre Rückmeldung in die Entscheidung des Ausschusses einfließen zu lassen. Wolfgang Bagin betont: „Erst der Kreistagssauschuss wird darüber befinden, welche Standorte tatsächlich in die engere Auswahl kommen. Aus unserer Sicht ist auch dann erst eine breite, öffentliche Diskussion unter Beteiligung der Bevölkerung sinnvoll.“ Die betroffenen Städte und Gemeinden seien eng in das Verfahren einbezogen worden. Noch sei man aber im Status der Voruntersuchung, erst durch den Beschluss des UVA würden detaillierte Untersuchungen aufgenommen.